



*Michael Hüttenhoff*

GÜNTER JACOB

*Kirchliche Praxis in zwei Weltanschauungsdiktaturen<sup>1</sup>*

Wenn wir vergleichend beschreiben und verstehen wollen, wie sich die Kirchen in den beiden deutschen Weltanschauungsdiktaturen<sup>2</sup> verhielten, lohnt es sich, die Aufmerksamkeit auf einzelne Akteure zu richten. Besondere Beachtung verdienen Personen, die in beiden Diktaturen lebten und Verantwortung in den Kirchen wahrnahmen. Zu diesen gehörte der evangelische Theologe Günter Jacob (1906-1993). Fast seine gesamte Amtszeit hindurch war er genötigt, sein kirchliches Handeln auf die durch eine Weltanschauungsdiktatur gesetzten Rahmenbedingungen einzustellen.

*I. Der Bekenntnispfarrer (1933-1939)*

Nicht einmal ein Jahr, nachdem Jacob am 1. Juli 1932 seine erste feste Pfarrstelle in Noßdorf bei Forst in der Niederlau-

---

<sup>1</sup> Der Aufsatz ist im Rahmen des DFG-Projekts „Günter Jacob (1906-1993). Kirchenverständnis, Zeitdiagnose und kirchliches Handeln“ entstanden und verdankt viel den Recherchen und Überlegungen der Projektmitarbeiter Dr. Hansjörg Buss und Dr. Christian Neddens sowie der ehemaligen Mitarbeiterin Angelika Dworzak, M.A.

<sup>2</sup> Zum Begriff der Weltanschauungsdiktatur s. Lothar Fritze, *Die Weltanschauungsdiktatur*, in: *Totalitarismus und Demokratie* 5 (2008), 205-227; ders., *Verführung und Anpassung. Zur Logik der Weltanschauungsdiktatur*, Berlin 2004 (Beiträge zur Politischen Wissenschaft 133), bes. 27-30. Jacob hätte den Begriff möglicherweise abgelehnt, weil er den Nationalsozialismus und den Marxismus als politische Religionen mit Totalitäts- und Unbedingtheitsanspruch verstand. Diesen Anspruch stellen Weltanschauungen nach Jacob nicht. Günter Jacob, *Glaube und Fanatismus*, in: ders., *Die Versuchung der Kirche. Theologische Vorträge der Jahre 1934/1944*, Göttingen 1946, 22-35, hier: 31f. Doch die Begriffsbildung „Weltanschauungsdiktatur“ schließt ein, dass in diesem Fall eine Weltanschauung einen derartigen Anspruch erhebt und dass der Staat und die Einheitspartei versuchen, ihn gewaltsam durchzusetzen.

sitz angetreten hatte, begann der Kirchenkampf. Im Juni 1933 schlossen sich Jacob und zwei Freunde und Kollegen in der Niederlausitz, Eugen Weschke (1901-1981) und Herbert Goltzen (1904-1979),<sup>3</sup> der im Mai gegründeten Jungreformatrischen Bewegung an.<sup>4</sup> Vor den Kirchenwahlen 1933 verhinderte Jacob, dass für Noßdorf eine „von Partei und Kirchengemeinde gemeinsam verantwortete Einheitsliste“<sup>5</sup> gebildet wurde, und sicherte damit die Wiederwahl des bisherigen Gemeindegemeinderats. In den folgenden Wochen stellte sich bei Jacob, Weschke und Goltzen eine Unzufriedenheit mit der Jungreformatrischen Bewegung ein. Nach einem späteren Bericht von Weschke war sie ihnen zu konfessionalistisch und zu wenig entschlossen. „Uns fehlte der scharfe Protest gegen den ‚Arierparagraphen‘ in der Kirche.“<sup>6</sup> Am 11. September 1933 führen Jacob und Weschke nach Berlin und initiierten in der Wohnung von Gerhard Jacobi die Gründung des *Pfarrernotbundes*.<sup>7</sup> Die Verpflichtungserklärung des Notbundes hatte Jacob am gleichen Tag kurz vorher im Café Trumpf<sup>8</sup> entworfen, wahrscheinlich auf

<sup>3</sup> Zu Eugen Weschke und Herbert Goltzen s. Rainer Götz/Bernd Albani, *Keimzelle der Bekennenden Kirche. Der Kirchenkreis Forst*, in: Erich Schuppan (Hg.), *Wider jede Verfälschung des Evangeliums. Gemeinden in Berlin-Brandenburg 1933 bis 1945. Zur Geschichte des Kirchenkampfes*, Berlin 1998, 267-299, hier: 286-291.

<sup>4</sup> Eugen Günter Weschke, *Tagebuchnotizen des Lausitzer Landpfarrers Eugen Otto Weschke. Der Weg zur Gründung des Pfarrernotbundes*, in: *Jahrbuch für Berlin-Brandenburgische Kirchengeschichte* 66 (2007), 157-187, hier: Eintragung von 21.6.1933, 176.

<sup>5</sup> Günter Jacob, *Eine Gemeinde im Kirchenkampf. Erinnerungen*, in: *Potsdamer Kirche* 43/1984, 5f., hier: 5; s. ders., *An die Freunde in unserer alten Kirchengemeinde Nossdorf* (September 1990) (Kopie eines handschriftlichen Berichts, „Jakob-Schrank“, Generalsuperintendentur Görzitz, früher: Cottbus), 5f.

<sup>6</sup> Eugen Otto Weschke, Für Professor Scholder, 19.10.78, Nachlasssplitter Eugen Weschke, (Evangelisches Zentralarchiv, Berlin, abgek. EZA, ZA 5085/11, Sign. 600/109601), [5].

<sup>7</sup> Weschke, *Tagebuchnotizen* (s. Anm. 4), hier: Eintragung vom 13.9.1933, 182-184; Jacob, *An die Freunde* (s. Anm. 5), 6f. Jacob nennt irrtümlich den 9.9.1933 als Gründungstag.

<sup>8</sup> Weschke, *Tagebuchnotizen*, hier: Eintragung vom 13.9.1933, 182.

Grundlage des 7. Artikels der Ordnung der *Rheinischen Pfarrerruderschaft* vom Juli 1933.<sup>9</sup> Trotz der wichtigen Rolle, die Jacob bei der Gründung des *Pfarrernotbundes* gespielt hatte, blieb der Schwerpunkt seiner Arbeit die Niederlausitz. Dort koordinierte er die Arbeit der Bekenntnispfarrer, die sich ab 1934 einmal im Monat in Noßdorf trafen.

Nachdem die Zweite Reichsbekenntnissynode in Berlin-Dahlem (19./20. Oktober 1934) das kirchliche Notrecht erklärt hatte, begann die kirchliche Opposition in den zerstörten Kirchen mit dem Aufbau bekenntniskirchlicher Leitungsorgane. Am 14. November 1934 unterstellte sich die Gemeinde in Noßdorf durch einen Beschluss des Gemeindegemeinderats „in allen Stücken der geistlichen und äußerlichen Leitung“ der *Bekennenden Kirche*. Außerdem wurde „einmütig beschlossen, keine Weisungen vom reichsbischöflichen Kirchenregiment anzunehmen und keine Gelder dahin abzuführen“<sup>10</sup>. Am 1. März 1935 bestellte der *Rat der Bekennenden Kirche in der Provinz Brandenburg* Jacob offiziell zum Kreispfarrer.<sup>11</sup> Er gehörte dem Provinzialbruderrat

---

<sup>9</sup> Der erste Satz des 7. Artikels spricht von einer „bruderschaftliche[n] Verpflichtung“ und die drei Unterabschnitte entsprechen sachlich, aber nicht im Wortlaut den Artikeln 1, 2 und 4 der Verpflichtungserklärung des Notbundes. S. *Ordnung der Rheinischen Pfarrerruderschaft Juli 1933*, in: Wilhelm Niemöller (Hg.), *Texte zur Geschichte des Pfarrernotbundes*, Berlin 1958 (Kleine Texte für Vorlesungen und Übungen 180), 19 f. Neu war der Artikel 3, der das Vertrauen zu Bodelschwings brüderlicher Leitung ausdrückte und wieder entfernt wurde, nachdem Bodelschwingh sich geweigert hatte, die Leitung des Pfarrernotbundes zu übernehmen. Neu war weiter Artikel 5: „In solcher Verpflichtung bezeuge ich, daß eine Verletzung des Bekenntnisstandes mit der Anwendung des Arierparagraphen im Raum der Kirche Christi geschaffen ist.“ – Text der Fünf-Artikel-Fassung z.B. in: Klaus Scholder, *Die Kirchen und das Dritte Reich*, Bd. 1: *Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918-1934*, geringfügig erg. Aufl., Frankfurt/M./Berlin 1986, 613.

<sup>10</sup> Protokollbuch des Gemeindegemeinderats Nossdorf, zit. nach Jacob, *Gemeinde* (s. Anm. 5), 6.

<sup>11</sup> S. das Schreiben des Rats der Bekennenden Kirche in der Provinz Brandenburg an Jacob vom 1.3.1935 und die Bestellungsurkunde vom 1.3.1935 (EZA 50/64), 10f.

der Mark Brandenburg an, leitete gemeinsam mit Heinrich Vogel das Referat Theologie<sup>12</sup> und war Mitglied des Theologischen Prüfungsamtes der *Bekennenden Kirche*.

Da mit dem Aufbau bekennniskirchlicher Leitungsorgane nicht die Bildung einer Freikirche verbunden war und die finanzielle Abhängigkeit von der Landeskirche erhalten blieb, führte der radikale Kurs der Niederlausitzer Bekenntnispfarrer unausweichlich zu Konflikten mit der Landeskirche und dem Superintendenten. Der Forster Superintendent Paul Kriebel agierte als Mann der Mitte.<sup>13</sup> Zeitweise gehörte er zu den *Deutschen Christen*, aber am 5. November 1934 trat er aus ihrer Organisation aus.<sup>14</sup> Die deutsch-christliche Theologie beurteilte er als Irreligion, und er bemühte sich um eine Verständigung mit den Bekenntnispfarrern seines Kirchenkreises, schloss sich der *Bekennenden Kirche* aber nicht an. Denn er meinte, dass die „Frage der Lehre sich sofort klärt, sowie die augenblicklich am Ruder befindlichen Personen verschwinden, die sich kraft der Irreligionen mit Gewalt in ihre Positionen eingesetzt haben“<sup>15</sup>. In dienstrechtlichen und in Finanzfragen handelte er zur Enttäuschung der Bekenntnispfarrer als Amtsträger der Kirchenprovinz.<sup>16</sup>

Überregionale Bedeutung erlangte Jacob durch seine Aufsätze und Vorträge, von denen er die wichtigsten 1946 unter dem Titel *Die Versuchung der Kirche* veröffentlichte. Die größte Aufmerksamkeit fand sein Vortrag *Kirche oder Sekte*, den er auf der vom 16.-18. Dezember 1936 in Breslau tagenden Bekenntnisynode der *Evangelischen Kirche der Alt-*

<sup>12</sup> Götz/Albani (s. Anm. 3), 278; Kurt Meier, *Der evangelische Kirchenkampf*, Bd. 2: *Gescheiterte Neuordnungsversuche im Zeichen staatlicher ‚Rechtshilfe‘*, Halle/Saale 1976, 420, Anm. 337.

<sup>13</sup> Zu Paul Kriebel s. Götz/Albani, 267-269, 276f.

<sup>14</sup> Vgl. Kriebel an das Evangelische Konsistorium der Mark Brandenburg, zu Händen des Herrn Propstes, 5.12.1934 (Abschrift), EZA 7/1028, 3.

<sup>15</sup> Kriebel an Jacob, 21.2.1935, EZA 50/64, 8f. [2]. – S. zu Kriebels Mittelstellung auch Jacob an Evangelisches Konsistorium, 5.12.1934.

<sup>16</sup> Zur Kritik an Kriebel s. z.B. Jacob an Kriebel, 24.7.1939, EZA 50/64, 102-104, 2.

*preußischen Union* hielt.<sup>17</sup> Der Vortrag wurde in großer Zahl illegal gedruckt und verbreitet. Das Gleiche geschah mit *Wo stehen wir heute?* (1938). In Dortmund wurden am 23. und 24. April 1938 sieben Personen verhaftet und für einige Tage gefangen gehalten, weil sie an der Vervielfältigung und Verbreitung dieser Schrift beteiligt waren.<sup>18</sup> Nach Jacobs Angaben wurde ihretwegen gegen ihn ein Heimtücke-Verfahren eröffnet, das jedoch wegen seiner Einberufung zum Wehrdienst nicht zu Ende geführt worden sei.<sup>19</sup>

Im Mittelpunkt seiner Kritik am Nationalsozialismus stand der Vorwurf, der Nationalsozialismus sei eine politische Religion. In *Christliche Verkündigung und politische Existenz* von 1934 äußerte er dieses Urteil noch nicht definitiv, aber er sah Anzeichen dafür, dass sich der Nationalsozialismus in diese Richtung entwickelte.<sup>20</sup> Doch spätestens 1935 war für ihn klar, dass der Nationalsozialismus den Übergang zur politischen Religion vollzogen hatte.<sup>21</sup> Der Nationalsozialismus könne nicht mehr „als eine rein politische Ordnungsbewegung“<sup>22</sup> angesehen werden. Als politische Religion stand er für Jacob im Gegensatz zum christlichen Glauben. Unter „der Maske der *politischen Religion*“ sei „der Versucher auf dem Plan“<sup>23</sup>. In „Kirche oder Sekte“ formulierte Jacob 1936 offen, dass der „heutige Staat ... Trä-

---

<sup>17</sup> S. dazu Wilhelm Niesel, *Kirche unter dem Wort. Der Kampf der Bekennenden Kirche der altpreußischen Union 1933-1945*, Göttingen 1978 (Arbeiten zur Geschichte des Kirchenkampfs. Ergänzungsreihe 11), 123f.

<sup>18</sup> Wilhelm Niemöller, *Bekennende Kirche in Westfalen*, Bielefeld 1952, 265f. Ohne genauere Angaben erwähnt auch Jacob Verhaftungen: Günter Jacob, *Wo stehen wir heute?* (1938) in: ders., *Versuchung* (s. Anm. 2), 75-89, hier: 75, Anm.

<sup>19</sup> Jacob, *Wo stehen wir heute?*, 75, Anm. An dieser Stelle schreibt Jacob, das Verfahren sei 1939 eröffnet worden.

<sup>20</sup> Günter Jacob, *Christliche Verkündigung und politische Existenz*, in: *Junge Kirche* 2 (1934), 309-321, hier: 318.

<sup>21</sup> Jacob, *Glaube* (s. Anm. 2); ders., *Kreuz und Reich*, in: *Theologische Rundschau*. Neue Folge 7 (1935), 319-348.

<sup>22</sup> Jacob, *Kreuz und Reich*, 347.

<sup>23</sup> Jacob, *Glaube* (s. Anm. 2), 31.

ger“ der „politischen Religion“ sei. Er sei „also in Wahrheit gleichsam ein Kirchenstaat, d. h. ein Staat, zutiefst gebunden und verpflichtet einer Religion“<sup>24</sup>. Hinter den einzelnen Maßnahmen gegen den christlichen Glauben stehe eine „antichristliche Entscheidung“<sup>25</sup>.

Angesichts der Versuche, die Kirche aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen und ihre Wirksamkeit auf isolierte Randbereiche zu beschränken oder den Glauben zur Sache privater Innerlichkeit zu machen, betonte Jacob die Sichtbarkeit der Kirche als Gemeinschaft der Heiligen. Als Kirche in der Nachfolge des gekreuzigten Christus solle sie wahrnehmbar sein, indem sie schlicht die Botschaft von der Vergebung der Sünden verkündige, die wahre Verbundenheit und Kommunikation ermögliche, und zum Leiden bereit sein.<sup>26</sup>

3. Obwohl die Erfahrungen des Kirchenkampfs für Jacob paradigmatische Bedeutung erhielten, erkannte er im Rückblick auch dessen Grenzen. Viel zu selten hätten die Bekenntniskräfte politisch Kritik geübt. Angesichts des „im ganzen so ohnmächtige[n] Schweigen[s] gegenüber dem Aufstand des Bösen“ gebe es keinen Anlass, den Kirchenkampf „trotz der tapferen und leidensbereiten Haltung vieler Pastoren und Laien zu heroisieren“<sup>27</sup>. Er erinnerte aber auch

---

<sup>24</sup> Günter Jacob, *Kirche oder Sekte* (1936), in: ders., *Versuchung* (s. Anm. 2), 36-49, hier: 46. – Schon vorher, im August 1936, findet sich die Kennzeichnung des nationalsozialistischen Staates als „Kirchenstaat“ in dem unveröffentlichten Vortrag „Kirche und Sekte“ (Typoskript, Nordelbisches Kirchenarchiv, Nachlass Martin Böß, 98.47, Nr. 6, 5), der eine Vorstufe des Synodalvortrags „Kirche oder Sekte“ darstellt.

<sup>25</sup> Jacob, *Kirche oder Sekte*, 39.

<sup>26</sup> vor allem Günter Jacob, *Communio Sanctorum* (1939), in: ders., *Versuchung* (s. Anm. 2), 90-109, besonders 103: „Die Vergebung der Sünden ermöglicht das Miteinander der Menschen als wahre Kommunikation in der Helle, Durchsichtigkeit, Offenheit füreinander, in der Bruderschaft, die nicht zu erschüttern und nicht aus den Fugen zu reißen ist.“

<sup>27</sup> Günter Jacob, *Der Kampf der Kirche um ihre Freiheit in den Jahren 1933-1945*, in: ders./Hermann Kunst/Wilhelm Stählin (Hgg.), *Die evangelische Christenheit in Deutschland. Gestalt und Auftrag*, Stuttgart 1958, 159-168, hier: S.164.

daran, dass das Schweigen nicht vollkommen gewesen sei, und zählte die Aktionen auf, in denen die *Bekennende Kirche* „als Anwalt der Rechtlosen und Verstummenen“<sup>28</sup> politisch ihre Stimme erhoben habe.

Jacob selbst gehörte zu den Theologen, die den rein theologischen Charakter des Kirchenkampfes propagierten und zu bewahren versuchten. Seine theologische Beurteilung des Nationalsozialismus wurde immer kritischer, aber Kritik an der nationalsozialistischen Politik, sofern sie nicht die Kirchen betraf, vermied er.

Anfang 1934 bezeichnete er sich in einem Brief an Karl Barth „als Nationalsozialist (im Sinne der politischen Ordnung)“<sup>29</sup>. Während für Barth das ständig wiederholte Bekenntnis der kirchlichen Opposition zum Nationalsozialismus verhinderte, dass der Kirchenkampf aus theologischen Gründen geführt wurde, meinte Jacob, dass das „Ja zum Nationalsozialismus“ den theologischen Charakter des Kirchenkampfes wahre. Das Ja sollte verhindern, dass der Kirchenkampf politisch instrumentalisiert oder interpretiert werde.

Auf der gleichen Linie liegt der 1934 erschienene Aufsatz *Christliche Verkündigung und politische Existenz*: Jacob unterschied zwischen dem Nationalsozialismus als politischer Ordnung und als politischer Religion. Dabei räumte er dem politischen Charakter den Vorrang ein: „Die nationalsozialistische Revolution pendelt zwischen *politischer Ordnung* und

---

<sup>28</sup> Jacob, *Kampf*, 166.

<sup>29</sup> Jacob an Barth, 4.1.1934, Karl Barth Archiv, Basel. – Dieser Brief steht in Spannung zur Darstellung in dem Bericht über den Kirchenkampf in Noßdorf, den Jacob 1990 für Freunde der Gemeinde verfasste. Jacob schreibt, dass er bereits 1928 *Mein Kampf* gründlich studiert habe. „Dadurch wurden mir die Augen für die grauenvollen und menschenmörderischen Ziele der NS-Bewegung geöffnet“ (An die Freunde, s. Anm. 5, 2) „So sah ich seit 1928/1929 in Hitler einen verbrecherischen Demagogen, dessen Herrschaft, würde er eines Tages Regierungschef, im Blick auf einen Weltkrieg und die Judenausrottung für viele Völker der Welt, im Effekt auch für unser deutsches Volk in einer unvorstellbaren Katastrophe enden müsste“ (3).

*politischer Religion*. In ihrem Ursprung will sie Gestaltung und Ordnung innerhalb der Grenzen des Politischen sein.<sup>30</sup> Diese Unterscheidung ermöglichte ihm, für ein sachliches „Ja zu den politischen Ordnungen“<sup>31</sup> einzutreten. Er warnte vor einer „schulmeisterliche[n] Kritik, die die Solidarität der politischen Ordnungsarbeit voreilig zerbricht“<sup>32</sup>.

Im März 1935 kritisierte Jacob das *Wort an die Gemeinden*<sup>33</sup>, das die Bekenntnissynode der Altpreußischen Union auf ihrer Tagung am 4. und 5. März beschlossen hatte und das am 17. März, dem Volkstrauertag (Heldengedenktag), von den Bekenntnispfarrern im Gottesdienst verlesen werden sollte. Jacob meinte, das Wort könne politisch missverstanden, also als politische Kritik am Staat oder staatlichen Maßnahmen gedeutet werden.<sup>34</sup> Die gleiche Sorge äußerte er im November 1935, als ein Theologischer Ausschuss, dem Jacob angehörte, eine Erklärung vorbereitete, die der dritten Bekenntnissynode der *Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union* zur Verabschiedung vorgelegt werden sollte.<sup>35</sup>

---

<sup>30</sup> Jacob, *Christliche Verkündigung und politische Existenz* (s. Anm. 20), 318. Den zweiten Satz strich Jacob bei der Wiederveröffentlichung des Aufsatzes 1946, wohl weil er damals nicht mehr seiner Überzeugung entsprach (Jacob, *Christliche Verkündigung und politische Existenz*, in: ders., *Versuchung*, s. Anm. 2, 7-21, hier: 18). Dadurch verdeckte er aber auch, dass er Anfang 1934 noch keinen Anlass zur politischen Kritik am Nationalsozialismus sah.

<sup>31</sup> Ebd., 319.

<sup>32</sup> Ebd., 321.

<sup>33</sup> 2. Bekenntnissynode der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union, Berlin-Dahlem, 4.-5. März 1935, 1. Beschluss: An die Gemeinden, in: Wilhelm Niesel (Hg.), *Um Verkündigung und Ordnung der Kirche. Die Bekenntnissynoden der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union 1934-1943*, Bielefeld 1949, 12f.

<sup>34</sup> Günter Jacob/Eugen Weschke, An den Rat der Bekennenden Kirche der Altpreußischen Union, 9.3.1935 (Archiv der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, abgek. ELAB: Arbeitsgemeinschaft Kirchenkampf in Brandenburg: Materialsammlung, Forst IV 7/1).

<sup>35</sup> Günter Jacob, Brief an Martin Niemöller, 13.9.1935, in: Wilhelm Niemöller (Hg.), *Die Synode zu Steglitz. Die dritte Bekenntnissynode der Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union. Geschichte – Doku-*



Da Jacob trotz seiner Vorbehalte der Anordnung des Vorsitzenden des Altpreußischen Bruderrats folgen und das „Wort an die Gemeinde“ am 17. März verlesen wollte, wurde er wie viele andere Pfarrer kurzzeitig verhaftet. Außerdem wurde er bald darauf aus der *Nationalsozialistischen Volksfürsorge* und dem *Opferring* ausgeschlossen und seines Amtes als Amtswalter der Nationalsozialistischen Volksfürsorge enthoben.<sup>36</sup> Jacobs Proteste<sup>37</sup> gegen die Maßnahmen waren vergeblich<sup>38</sup>; die Nationalsozialisten nahmen ihm seine politischen Loyalitätsbekundungen nicht ab.<sup>39</sup> Sein Versuch, sein Engagement in der *Bekennenden Kirche* vor dem ‚politischen Missverständnis‘ zu schützen, waren gescheitert.

## *II. Zwischen Konfrontation und Kooperation: Kirchenleitende Verantwortung in der SBZ und der DDR*

Die Begriffe Konfrontation und Kooperation bezeichnen die Grenzpunkte einer Skala von Verhaltensweisen gegenüber dem politischen System, auf der sich Jacob bewegte. Nach

---

*mente – Berichte*, Göttingen 1970 (Arbeiten zur Geschichte des Kirchenkampfs 23), 123.

<sup>36</sup> Martin Stumpf, Kreisleiter der NSDAP Sorau, an Jacob, 2.4.1935, EZA 50/64, 12f..

<sup>37</sup> Vgl. Jacob an die Kanzlei des Herrn Stellvertreters des Führers, den Herrn Reichminister des Innern und den Herrn Reichsleiter der NSV, Betr. Beschwerde über Ausstossung aus der NSV wegen Kanzelabkündigung, 23.4.1935; Jacob an Sekretariat des Hauptamtleiters der NSV, 25.6.1935; Jacob an Reichsleitung der NSDAP, Abteilung für den kulturellen Frieden, 15.7.1935; alle EZA 50/64, 17-19 u. 22.

<sup>38</sup> NSDAP Reichsleitung, Abteilung für den kulturellen Frieden an Jacob, 1.7.1935 und 25.7.1935, EZA 50/64, 21 u. 23.

<sup>39</sup> Vgl. z. B. Martin Stumpf an Jacob, 8.4.1935, EZA 50/64, 14-16, bes. 3: „... solange mir ... eine höhere Partei- oder Staatsdienststelle nicht den direkten Befehl gibt, Sie wieder in die NSV aufzunehmen, so lange bleiben Sie in meinen Augen ein Gegner der heutigen Staatsgrundsätze, selbst wenn Sie noch so häufig Ihre tiefste, innerste, überzeugende Verbundenheit mit dem heutigen Staat betonen“. – S. auch Werdelmann Stellvertreter NSDAP-Gauleiter, an NSDAP Reichsleitung, Hauptamt für Volkswohlfahrt, Sekretariat des Hauptamtleiters, 22.5.1935, Bundesarchiv, abgek. BArch., Berlin, R 58, 5679, 21f..

dem Ende des so genannten Zweiten Kirchenkampfs im Juni 1953 wuchs Jacobs Bereitschaft zur Kooperation, aber es gab keine kontinuierliche Entwicklung, weil Jacob sensibel auf das Verhalten des Staates gegenüber der evangelischen Kirche reagierte. Seine Verständigungsbereitschaft ließ ihn nicht unkritisch werden. Das gilt auch für die Zeit nach dem Mauerbau im August 1961. Wenn im Folgenden drei Abschnitte unterschieden werden, so bezeichnen die Begriffe „Konfrontation“ „Von der Konfrontation zur kritischen Kooperation“ und „Kritische Kooperation“ nur Tendenzen, keine scharfen Abgrenzungen.

*Konfrontation: Generalsuperintendent im „Land der Stummen“ (1946-1953)*

Am 15. Januar 1946 trat Jacob das Amt des Generalsuperintendenten der Neumark und der Niederlausitz an. In den ersten Jahren musste er dieses Amt unter äußerst schwierigen Bedingungen wahrnehmen.<sup>40</sup> 1947 beschrieb er den Osten als Gebiet, das „im Begriffe“ stehe, „eine Zone des Schweigens, ein Land der Stummen, eine Welt im Schatten unheimlicher Keller zu werden“. Die Pfarrer müssten dort ihren Dienst „in der wachsenden Vereinsamung und abseits und jenseits der Weltöffentlichkeit“<sup>41</sup> tun.

Das Amt des Generalsuperintendenten verstand Jacob als „Besuchsamt eines Pastor pastorum“<sup>42</sup>. Der Besuchsdienst umfasste Besuche der Pfarrkonvente auf Kirchenkreisebene, in beschränktem Maß Besuche bei einzelnen Pfarrern, aber

---

<sup>40</sup> Günter Jacob, An den Ordnungs-Ausschuss der Provinzialsynode der Kirchenprovinz Bln.-Brandenburg z. Hd. von Herrn Propst Dr. Boehm, Berlin: Bericht über meine bisherigen Erfahrungen im Amt des Generalsuperintendenten für die Neumark u. Niederlausitz (22.1.1947) („Jacob-Schrank“, s. Anm. 5).

<sup>41</sup> Günter Jacob, Der Dienst des Pfarrers im Osten, Vortrag vor dem Bruderrat am 8.5.1947 (Zentralarchiv der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, abgek. EKHN, Darmstadt, Best. 36, Nr. 5), 7.

<sup>42</sup> Jacob, An den Ordnungsausschuss (s. Anm. 40), 1.

auch Visitationen. Durch seine Arbeit wollte Jacob dazu beitragen, dass die „Pfarrer eines Kirchenkreises zur lebendigen Pfarrbruderschaft als der Stätte wahren geistlichen Lebens und ernsthafter theologischer Arbeit“<sup>43</sup> zusammenwuchsen. Um die Ziele zu erreichen, organisierte er ‚Rüsten‘ für die Pfarrer, Pfarrfreizeiten und für die Superintendenten Ephorenkonvente. Durch eigene Vorträge, die Einladung von Referenten sowie die Beschaffung und Verteilung theologischer Literatur versuchte er die theologische Bildung unter seinen Pfarrern, die von den aktuellen theologischen Diskussionen fast vollkommen abgeschnitten waren, zu fördern. Der Erneuerung von Gottesdienst und Liturgie, besonders der Beteiligung der Gemeinde, schenkte er große Aufmerksamkeit.

Seine kirchliche Tätigkeit ordnete Jacob selbst in eine Zeitdiagnose ein, deren Grundzüge er bereits in den 1930er-Jahren entwickelt und 1944 mit der Formel „Ende der konstantinischen Epoche“<sup>44</sup>, später auch „Ende des konstantinischen Zeitalters“<sup>45</sup> zusammengefasst hatte. Nach dem Krieg übertrug Jacob seine Zeitdiagnose vom nationalsozialistischen Deutschland auf die Sowjetische Besatzungszone und die DDR. Das konstantinische Bündnis von Kirche und Staat gehe zu Ende. Nach Jacob war ein „Prozess der Zertrümmerung des bürgerlichen Christentums“ und der „Zerstörung des Dekorationskirchentums“, die sich unter den Bedingungen des konstantinischen Zeitalters ausgebildet hätten, im Gange. Im Westen sei der Prozess jedoch „noch nicht in sein letztes radikales Stadium getrieben“<sup>46</sup>. Dort scheine mit dem Krieg „das Zeitalter der Verfolgung sein Ende gefunden“<sup>47</sup> zu haben und „der Weg der Passion in der Gleichzeitigkeit mit Christus abgebrochen“ zu sein. Es scheine für die Kirche

---

<sup>43</sup> Ebd.

<sup>44</sup> Günter Jacob, *Die Zukunft der evangelischen Kirche* (1944), in: ders., *Versuchung* (s. Anm. 2), 120-136, hier: S.123.

<sup>45</sup> Erstmals: Günter Jacob, *Vom priesterlichen Dienst*, in: *Die Zeichen der Zeit* 1 (1947), 41-47, hier: 43.

<sup>46</sup> Jacob, *Der Dienst des Pfarrers im Osten* (s. Anm. 41), 4.

<sup>47</sup> Ebd., 1.

einen „Rückweg ... in das konstantinische Zeitalter“ zu geben. Aber für Jacob war diese Aussicht eine „Versuchung“<sup>48</sup>. Doch diese Versuchung bestehe nur im Westen, nicht im Osten. „Wir [im Osten] sind schon ausgetrieben aus allen Vorfeldern, aus denen die Christenheit im Westen vielleicht erst noch ausgetrieben werden muß, wir sind schon an jenen letzten und äußersten Rand gedrängt, an dem sich nur die reine Umkehr oder der letzte Absturz ereignen können.“<sup>49</sup> Die Überzeugung, dass der christliche Glaube sich in einem ihm feindlich gesinnten Staat besser entfalten könne als in einem Staat, der ihm vermeintlich freundlich gegenübersteht und mit ihm ein Bündnis eingehen will, hielt sich bis zum Ende seiner Amtszeit durch.

Jacob beteiligte sich in der Nachkriegszeit an den Debatten über Schuld und Buße und über das ‚Wächteramt‘ der Kirche. Der Auftrag der Kirche, Gesetz und Evangelium zu verkündigen, bedeutete für ihn, dass die Kirche die Schuld des deutschen Volkes aussprechen und dass sie zur Buße aufrufen müsse. Wo das Schuldbekenntnis fehle, sei der Weg zu Vergebung und Gnade versperrt.<sup>50</sup>

Aber aus der Notwendigkeit des Schuldbekenntnisses folgte nach Jacob nicht, dass die Kirche in Deutschland ihr Wächteramt nur in beschränktem Maße ausüben dürfe. Er widersprach Karl Barths Forderung, die Kirche in Deutschland müsse sich wegen der Schuld der jüngsten Vergangenheit „eine lange Karenzzeit“<sup>51</sup> bei der Ausübung des Wächteramts auferlegen und dürfe es vorerst nur nach innen, aber nicht nach außen praktizieren. Die Kirche müsse „heute auch vor den Mächtigen der Erde Unrecht Unrecht und Gewalt Gewalt nennen ... im priesterlichen Dienst für ein verstummtes Volk“<sup>52</sup>. „Die Schuld unseres Schweigens in der Vergan-

---

<sup>48</sup> Ebd., 2.

<sup>49</sup> Ebd., 4 f.

<sup>50</sup> Günter Jacob, *Die Verkündigung der Kirche in der gegenwärtigen Not*, Berlin 1947 (Hefte der Besinnung 9), 13-16.

<sup>51</sup> Ebd., 17.

<sup>52</sup> Ebd., 16.

genheit kann doch niemals Anlaß für uns sein, durch ein weiteres Schweigen im Heute neue Schuld auf uns zu laden!“<sup>53</sup>

Auch dem Kommunismus gegenüber müsse die Kirche das Wächteramt wahrnehmen. Sie dürfe angesichts der gegen den Glauben gerichteten Maßnahmen, der Entwürdigung des Menschen und der „Verfolgung und Rechtlosigkeit“<sup>54</sup> nicht schweigen. In den Nachkriegsjahren beurteilte er den Kommunismus äußerst kritisch. Er wollte sich zwar nicht auf die Seite des westeuropäischen Antikommunismus schlagen. Darin stimmte er mit Karl Barth überein. Gleichzeitig beklagte er aber dessen Äußerungen zum Kommunismus als vordergründig. Das „Urteil über den militanten Kommunismus“ müsse sich „in einer geistlichen Schau“<sup>55</sup> vollziehen, die zu erfassen versuche, welche Mächte sich in ihm manifestieren. Indem Jacob eine strikt theologische Beurteilung des Kommunismus forderte, blieb er seiner im Kirchenkampf vertretenen Position treu. Aber nun schloss für ihn dieser Ansatz die Möglichkeit konkreter politischer Kritik nicht mehr aus, sondern ein.<sup>56</sup>

Das Darmstädter Wort *Zum politischen Weg unseres Volkes*<sup>57</sup> lehnte Jacob anfangs ab. Er war zwar mit seinen Verfassern darin einig, dass die Aufgabe, die Schuld des deutschen Volkes zu vergegenwärtigen und zu bekennen, mit dem *Stuttgarter Schuldbekennnis*<sup>58</sup>, noch nicht erschöpft sei. Aber er beanstandete, dass das Wort, z.B. in seinen Aussagen über den Marxismus, der Situation in der Ostzone nicht gerecht werde. Grundsätzlich kritisierte er, dass es die „Dop-

<sup>53</sup> Jacob, *Der Dienst des Pfarrers im Osten* (s. Anm. 41), 8.

<sup>54</sup> Ebd.

<sup>55</sup> Ebd., 6.

<sup>56</sup> z.B. Jacob, *Verkündigung der Kirche* (s. Anm. 50), 17.

<sup>57</sup> Abgedruckt z.B. in: Martin Greschat / Hans-Walter Krumwiede (Hgg.), *Das Zeitalter der Weltkriege und Revolutionen*, Neukirchen-Vluyn 1999 (Kirchen- und Theologiegeschichte in Quellen 5), 195 f.

<sup>58</sup> Abgedruckt z.B. in: Greschat/Krumwiede, 187.

pelfunktion des Wächteramts“<sup>59</sup> aufhebe und dieses nur nach innen, nicht nach außen ausübe.

Am 10. März 1952 versuchte Josef Stalin ein letztes Mal, bei den Westmächten einen Friedensvertrag durchzusetzen, der das vereinte Deutschland neutralisiert hätte. Nachdem Stalins Vorstoß gescheitert war, bemühte sich die SED um einen beschleunigten Aufbau des Sozialismus in der DDR.<sup>60</sup> Dieser Aufbau wurde von „einer ideologischen Offensive“ begleitet, „die weiten Teilen der Gesellschaft den Kampf ansagte“<sup>61</sup>.

In diesem Zusammenhang verschärfte die SED auch ihre Maßnahmen gegen die evangelische Kirche. Besonders hart ging man gegen die *Junge Gemeinde*, die von der SED als illegale staatsfeindliche Organisation beurteilt wurde, und gegen ihre Mitglieder vor.<sup>62</sup> Schon Zeitgenossen sprachen im Blick auf die Ereignisse 1952/53 von einem zweiten Kirchenkampf.

In diesem „Zweiten Kirchenkampf“<sup>63</sup> begann Jacob, sich in apologetischen Vorträgen differenziert mit der marxistischen Kritik am christlichen Glauben auseinanderzusetzen. Obwohl er Marxismus und christlichen Glauben für unver-

<sup>59</sup> Jacob an den Bruderrat der Evangelischen Kirche in Deutschland, 11.9.1947, Zentralarchiv der EKHN, Best. 36/72, 2.

<sup>60</sup> Ulrich Mählert, *Kleine Geschichte der DDR*, 6. überarb. Aufl., München 2009, 60-72; Hermann Weber, *Geschichte der DDR*, Lizenzausgabe, Erfstadt 2004, 196-212.

<sup>61</sup> Mählert, 63.

<sup>62</sup> Rudolf Mau, *Der Protestantismus im Osten Deutschlands (1945-1990)*, Leipzig 2005 (Kirchengeschichte in Einzeldarstellungen IV/3), 45-50; Martin Georg Goerner, *Die Kirche als Problem der SED. Strukturen kommunistischer Herrschaftsausübung gegenüber der evangelischen Kirche 1945 bis 1958*, Berlin 1997 (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin), 80-105; Gerhard Besier, *Der SED-Staat und die Kirche. Der Weg in die Anpassung*, München 1993, 106-125; Weber (s. Anm. 60), 210-212.

<sup>63</sup> Jacob sprach übrigens schon 1950 in einem Brief an Niemöller von dem „neuen Kirchenkampf“, s. Jacob an Niemöller, 9.9.1950, Zentralarchiv EKHN, Best. 62, Akz.-Nr. 0618, 2.

einbar hielt<sup>64</sup> und daher jede Synthese von Christentum und Marxismus ablehnte<sup>65</sup>, meinte er, dass der Christ die von Seiten des Marxismus erhobenen Anklagen hören und sich durch sie „vor die Sache seines Bekenntnisses“<sup>66</sup> rufen lassen müsse. Er war überzeugt, dass die Anklagen nicht den christlichen Glauben selbst, sondern Fehlformen des Christentums träfen, die aufgegeben werden müssten. Zum „Gegenangriff“ ging Jacob über, indem er den Marxismus wie früher den Nationalsozialismus als Religion qualifizierte und damit seinem Anspruch, eine wissenschaftlich begründete Weltanschauung zu sein, widersprach.<sup>67</sup>

Zu den Maßnahmen gegen die angeblich illegale *Junge Gemeinde* gehörte auch der Versuch, den seit 1947 alljährlich im Sprengel Cottbus stattfindenden Kirchentag der *Jungen Gemeinde* zu verhindern. Jacob protestierte gegen die Einstufung der *Jungen Gemeinde* als illegal und gegen die Maßnahmen, die den Kirchentag verhindern sollten. Obwohl die Maßnahmen nicht zurückgenommen wurden, konnte der Kirchentag in veränderter und improvisierter Form in Cottbus, Lübbenau und Zerkwitz stattfinden. In einem Bericht an die Kirchenleitung stellte Jacob abschließend fest, der Kirchentag sei „so zu einem Tag des sichtbaren Bekenntnisses angesichts des drohenden Hintergrundes geworden“<sup>68</sup>.

---

<sup>64</sup> Günter Jacob, *Sind Christen verstaubte Existenzen?*, in: ders., *Das Licht scheint in der Finsternis. Zeugnisse aus dem zweiten Kirchenkampf*, Stuttgart 1954, 34-57, hier: 39-45.

<sup>65</sup> Ebd., 52-54.

<sup>66</sup> Ebd., 45.

<sup>67</sup> Günter Jacob, *Das christliche Menschenbild in der Auseinandersetzung der Gegenwart*, in: ders., *Licht* (s. Anm. 64), 58-78, hier: 73-77.

<sup>68</sup> Günter Jacob, [Bericht über den Kirchentag der Jungen Gemeinde im Sprengel Neumark und Niederlausitz], in: Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland (abgek.: KJ) 79 (1952), 197-201, hier: 201.

*Von der Konfrontation zur kritischen Kooperation: die Übergangszeit (1953-1961)*

In den Jahren nach dem „Zweiten Kirchenkampf“ reagierte Jacob sensibel auf die staatliche Kirchenpolitik. Einerseits konnte er signalisieren, dass er an einem guten Verhältnis zum Staat interessiert sei. So erklärte er z.B. am 29. September 1953 in einem Gespräch mit Werner Manneberg (1923-2000), dem Vorsitzenden des Rates des Bezirks Cottbus (1952-1959)<sup>69</sup>, „auf eine entsprechende Frage“ hin: „Wir sind sehr dankbar, daß wir wieder ohne Sorgen und frei unsere religiösen Handlungen begehnen können. ... Keiner ist dankbarer als die Kirche für dieses gute Verhältnis.“<sup>70</sup>

Doch in Zeiten, in denen der Staat auf repressive Maßnahmen gegen die Kirche setzte, verhielt sich auch Jacob konfrontativ. So erklärten er und zwei andere Geistliche seines Sprengels in einem Gespräch mit einem Funktionär des Bezirksfriedensrates Cottbus am 31. Januar 1956 auf dem Hintergrund der kirchenfeindlichen Maßnahmen der Jahre 1955/56: „Die evangelische Kirche sieht eine Entwicklung sich abzeichnen, die der entspricht, wie sie *vor dem 9. Juni 1953*“, also in der Zeit des „Zweiten Kirchenkampfes“, war. Laut Aktennotiz sprachen die drei Kirchenvertreter von einer „offene[n] Kampfansage der Regierung ...“, die nicht übersehen werden könne und entsprechende Reaktionen bei der

---

<sup>69</sup> Ein Biogramm zu Werner Manneberg findet sich in: *SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949*. Im Auftrag des Arbeitsbereiches Geschichte und Politik der DDR an der Universität Mannheim und des Instituts für Zeitgeschichte München hg. von Martin Broszat und Hermann Weber, München 1990, 973.

<sup>70</sup> Aktenvermerk über die am 29.9.53 im Amtszimmer des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes stattgefundenen Unterredung mit dem General-superintendenten Jakob [!] (29.9.53) (Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam, abgek. BLHA, Rep. 801, 20113).



Kirche auslösen werde“<sup>71</sup>. Trotz dieser warnenden Worte soll Jacob in dem Gespräch „die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik als die allerbeste der Welt“ bezeichnet, aber auch behauptet haben, „sie würde u.a. auch hinsichtlich der Kirche oftmals stark eingeschränkt“<sup>72</sup>. In der Konfrontation ließ Jacob seine Verständigungsbereitschaft durchblicken.

Als sich trotz des Staat-Kirche-Kommuniqués vom 21. Juli 1958 das Verhältnis zwischen Staat und Kirche nicht verbesserte<sup>73</sup>, hatte das auch Auswirkungen auf die Gespräche, die Jacob mit Staatsvertretern führte. Bereits am 8. September 1958 kritisierte Jacob in einem Gespräch mit Vertretern des Rats des Bezirkes Cottbus laut Gesprächsbericht, dass „sich im Verhältnis von Staat und Kirche von Seiten des Staates nichts geändert“ habe. Er soll die Ansicht vertreten haben, dass „von staatlicher Seite eine Generallinie zur Verschärfung der Haltung des Staates gegenüber der Kirche [korrigiert aus: „Kirchen“] herausgegeben worden“ sei. Wenn „sich keine Änderung in der Gesamtlage ergeben sollte“, wolle „die Kirche sämtliche Beziehungen zum Staat abbrechen“<sup>74</sup>. Aber vermutlich trugen auch die Personen, die in dieser Zeit auf Seiten des Bezirks Cottbus für die Kontakte zu Jacob verantwortlich waren, dazu bei, dass der Druck auf ihn erhöht wurde und sich seine Beziehung zu den Staatsorganen verschlechterte.<sup>75</sup>

Das Gesprächsklima änderte sich, als der Rat des Bezirkes Cottbus einen neuen ersten stellvertretenden Vorsitzenden

---

<sup>71</sup> Aktennotiz über eine Aussprache mit Vertretern der evangelischen Kirche am 31. Januar 1956 in den Räumen des Bezirksfriedensrates Cottbus (BLHA, Rep. 801, 20113), 2.

<sup>72</sup> Aktennotiz, 5.

<sup>73</sup> Mau, *Protestantismus* (s. Anm. 62), 64-69; Besier (s. Anm. 62), 261-291.

<sup>74</sup> Bericht über Gespräch zwischen Jacob und Vertretern des Rats des Bezirkes Cottbus am 8.9.1958, (9.9.1958) (BLHA, Rep. 801, 20113).

<sup>75</sup> Aktenvermerk [zu Gesprächen mit zwei Superintendenten am 16. 2. und mit Jacob am 17. 2.1960]; Plan zur Aussprache mit D. Jacob am 8.4.60 (beide Dokumente: BLHA, Rep. 801, 20113).

erhielt. Dessen erstes Gespräch mit Jacob am 17. Oktober 1960 leitete die Rückkehr zur pragmatischen Verständigung ein.<sup>76</sup> Wenn staatliche Stellen Anfang 1961 eine ‚positive‘ Entwicklung bei Jacob feststellten, spiegelte das die Veränderungen im Herbst 1960. Die Einschätzungen blendeten jedoch aus, dass Jacob sich schon früher um Verständigung bemühte und konfrontatives Verhalten von seiner Seite auf staatliche Repressionen reagierte.

In seinem öffentlichen Reden kritisierte Jacob die ideologischen Angriffe auf den christlichen Glauben und die kirchenfeindlichen Maßnahmen des Staates. Aber er versuchte auch deutlich zu machen, dass die DDR von den dort lebenden Christen als Ort ihrer Kirche und ihres christlichen Lebens anerkannt werden könne und müsse.

So setzte er sich z.B. in der wichtigen Rede *Der Raum für das Evangelium in Ost und West*, die er am 27. Juni 1956 auf der außerordentlichen Synode der EKD in Berlin vortrug<sup>77</sup>, mit der Religionskritik des Marxismus auseinander<sup>78</sup> und wies auf einige die Bewegungsfreiheit der Kirchen beein-

---

<sup>76</sup> Einschätzung über eine Aussprache mit Generalsuperintendent D. Jacob am 17.10.1960; (BLHA Rep. 801, 20113). In einem Brief an den 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Cottbus vom 30. Dezember 1964 schrieb Jacob: „Zugleich gebe ich meiner Hoffnung Ausdruck, daß das gute Verhältnis zwischen Staat und Kirche in unserm Bezirk auch im neuen Jahr erhalten bleiben möchte. Daß es zu diesem Klima gekommen ist, daran haben Sie selbst ein wesentliches Verdienst.“ (BLHA Rep 801, 20114).

<sup>77</sup> S. dazu Michael Hüttenhoff, *Das konstantinische Zeitalter. Über die Karriere und Funktion einer historisch-theologischen Formel*, in: Klaus M. Girardet (Hg.), *Kaiser Konstantin der Große. Historische Leistung und Rezeption in Europa*, Bonn 2007, 177-192, hier: 186-188; Detlef Pollack, *Kirche in der Organisationsgesellschaft. Zum Wandel der gesellschaftlichen Lage der evangelischen Kirche in der DDR*, Stuttgart/Berlin/Köln 1994, 160-162.

<sup>78</sup> Günter Jacob, *Der Raum für das Evangelium in Ost und West*, in: *Berlin 1956. Bericht über die außerordentliche Tagung der zweiten Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 27. bis 29. Juni 1956*, hg. im Auftrage des Rates von der Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland, Hannover o.J., 17-29, hier: 23f.

trächtigende Maßnahmen hin.<sup>79</sup> Aber er signalisierte auch Verständigungsbereitschaft, indem er den SED-Staat als eine Obrigkeit im Sinne von Röm 13 anerkannte. „Ein Staat, der solche Bewegungsfreiheiten dann einschränkt und die Kirche in einen eng umgrenzten Raum verweist, weil er das gesamte Öffentlichkeitsterrain mit seiner Weltanschauung besetzen will, hört damit nicht auf, im Sinne von Römer 13 Obrigkeit zu sein. Er muß, ganz unabhängig von der Frage seiner Genesis und seines faktischen So-Seins, von der christlichen Gemeinde in der von der Bibel gebotenen Loyalität respektiert werden.“<sup>80</sup> Dass die Kirche „im Konfliktfall [sic!]“ dem Staat zu bezeugen habe: „Man muß Gott mehr gehorchen denn den Menschen“ (Apg 5, 29), interpretierte er nicht als Begrenzung, sondern als eine „Gestalt“<sup>81</sup> der Loyalität. Die spannungsvollen Elemente wurden in der Rede durch die Idee der nachkonstantinischen Zeit, nach der die glaubensfeindliche Umwelt eine Chance für die christliche Existenz darstellt, zusammengehalten.<sup>82</sup>

Ein Signal der Verständigungsbereitschaft war auch, dass Jacob auf der Synode verhinderte, dass die Vorlage *Zur gegenwärtigen Lage der evangelischen Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik* von der Synode angenommen wurde. Jacob beantragte, die Synode solle das Wort nur zur Kenntnis nehmen. Außerdem solle sie den Rat bitten, „dafür zu sorgen, daß erneut versucht wird, eine Entspannung in dem Verhältnis von Staat und Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik herbeizuführen“<sup>83</sup>. Jacobs Antrag wurde mit einer Gegenstimme und einer Enthaltung angenommen.<sup>84</sup>

Kritischer fiel der Vortrag *Macht und Ohnmacht des Systems* aus, den Jacob auf dem *Deutschen Evangelischen Kir-*

<sup>79</sup> Ebd., 27-29.

<sup>80</sup> Ebd., 27.

<sup>81</sup> Ebd.

<sup>82</sup> Ebd., S.18. 29.

<sup>83</sup> Redebeitrag Günter Jacobs, in: *Berlin 1956* (s. Anm. 78) 139f., hier: 140.

<sup>84</sup> *Bethel 1956*, 176.

chentag in Frankfurt hielt.<sup>85</sup> Obwohl Jacob in der Aussprache die These vertrat, dass das System nicht nur im Osten, sondern „quer in aller Welt“<sup>86</sup> herrsche, wurde sein Vortrag vor allem als Kritik am System des Ostens gehört. Während die Synodalrede in der DDR positiv aufgenommen wurde<sup>87</sup>, wurde die Rede auf dem Kirchentag kritisch kommentiert.<sup>88</sup>

### *Kritische Kooperation: Kirchenleitende Verantwortung nach dem Mauerbau (1961-1966)*

Anfang 1961 konstatierten Vertreter der Staatsorgane, dass sich Jacob besonders in den letzten Monaten in ihrem Sinn positiv entwickelt habe.<sup>89</sup> Das *Ministerium für Staatssicher-*

---

<sup>85</sup> Günter Jacob, *Macht und Ohnmacht des Systems*, in: Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentags (Hg.), *Deutscher Evangelischer Kirchentag Frankfurt 1956. Dokumente*, Stuttgart 1956, 252-259.

<sup>86</sup> Günter Jacob in der Aussprache der Sektion „Der organisierte Mensch“, in: *Kirchentag Frankfurt 1956*, 274.

<sup>87</sup> Hüttenhoff (s. Anm. 77), 189f.

<sup>88</sup> Dirk Palm, „Wir sind doch Brüder!“ *Der evangelische Kirchentag und die deutsche Frage 1949-1961*, Göttingen 2002 (Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte. Reihe B: Darstellungen 36), 231f.

<sup>89</sup> Einschätzung des Verlaufes der Unterredung mit Generalsuperintendent D. Jacob am 17.1.1961 (Cottbus, 20.1.1961) (BArch Berlin, DO 4, 2950, 1395): „Die Haltung von D. Jacob hat sich gegenüber vergangenen Gesprächen im positiven Sinne verändert.“ – Betr.: Generalsuperintendent Günter Jacob, Cottbus (zwei Fassungen: Berlin, 30.1. bzw. Berlin, 31.1.1961) (in Akten des Staatssekretariats für Kirchenfragen; BArch Berlin, DO 4, 2950, 1393 f. und 1325 f.): „Besonders in den letzten zwei Monaten trat Generalsuperintendent Jacob verhältnismäßig positiver in Erscheinung.“ – Rat des Bezirkes Cottbus, Referat Kirchenfragen, Brief an die Regierung der DDR, Staatssekretariat für Kirchenfragen, Betr.: Einschätzung über Generalsuperintendent D. Jacob, Cottbus (10.3.1961) (BArch Berlin, DO 4, 2950, 1386 f.): „In den letzten Monaten hat sich das Verhältnis zum Rat des Bezirkes gebessert und Jacob versucht alles, was die neuen Beziehungen stören könnte, aus dem Wege zu räumen.“ Das Staatssekretariat für Kirchenfragen hatte um die Einschätzung gebeten, weil Jacob von der EKD als Delegierter der Weltkirchenkonferenz benannt worden war (s. Staatssekretariat für Kirchenfragen an den Rat des Bezirkes Cottbus, Referat Kirchenfragen, 9.1.1961, BLHA, Rep. 801, 20113, 1).

heit, das Jacob seit 1950 überwacht und am 22. Januar 1951 eine unter dem Namen „Prälat“ geführte Akte zu Jacob angelegt hatte, schloss diese Akte am 28. Dezember 1962.<sup>90</sup>

In den folgenden Jahren dominierte bei Jacob tatsächlich die Tendenz zu Verständigung und Kooperation. Auf diese Weise meinte er, den Interessen der Kirche am besten zu dienen. Dennoch sind die Äußerungen aus dem Jahr 1961 zu relativieren. Denn erstens bemühte sich Jacob, wie gerade ausgeführt, bereits früher um Verständigung. Zweitens wurde er auch in den 1960er-Jahren nicht zu einem unkritischen Werkzeug staatlicher Kirchenpolitik und Propaganda. Drittens schwankte auch das Verhalten der Staatsorgane Jacob gegenüber. So versagte man ihm trotz der positiven Einschätzungen die Erlaubnis, an der Weltkirchenkonferenz in Neu Delhi (19. November bis 5. Dezember 1961) teilzunehmen, weil man ihn dafür verantwortlich machte, dass sich in seinem Sprengel nur wenige Pfarrer an den Kommunalwahlen vom 17. September 1961 beteiligt hatten.<sup>91</sup>

Auch für die Kirchen und für Jacob als kirchlichen Amtsträger war natürlich der Bau der Mauer, die Abriegelung Ostberlins gegen Westberlin, das einschneidende Ereignis des Jahres 1961. Am 24. August 1961, wenige Tage nach dem Beginn des Mauerbaus am 13. August 1961, reagierte die östliche Regional-Kirchenleitung auf die neue Situation, indem sie Kurt Scharf zum Bischofsverweser für ihren Bereich der Landeskirche ernannte. Doch schon am 31. August wurde Scharf aus der DDR ausgesperrt.<sup>92</sup> Wenige Tage später fasste das Bischofswahlkollegium der Berlin-Brandenburgischen Landeskirche den Beschluss, Scharf als Nachfol-

---

<sup>90</sup> Beschluss vom 28.12.1962, MfS Br. Cbs, AOP 241/63, Bd. 7, Bl. 332-333.

<sup>91</sup> Besier (s. Anm. 62), 437.

<sup>92</sup> Rudolf Mau, *Regionalisierung“ aus der Sicht der SED*, in: Jahrbuch für Berlin-Brandenburgische Kirchengeschichte 60 (1995), 184-218, hier: 189 f.; Besier, 426-28.

ger von Bischof Otto Dibelius vorzuschlagen.<sup>93</sup> Doch das stieß bei den Staatsorganen der DDR auf heftigen Widerstand. Diese forderten, dass das Amt von einem Bürger der DDR wahrgenommen werden müsse.<sup>94</sup> Als einen solchen sahen sie Scharf nicht mehr an.<sup>95</sup>

Jacob zeigte sich mit Scharf solidarisch, obwohl er früh erkannte, dass die DDR eine Rückkehr Scharfs nicht gestatten würde. Am 13. September 1961 soll Jacob in einem Gespräch mit dem ersten Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Cottbus gefordert haben, dass die Maßnahme gegen Scharf aufgehoben werden sollte.<sup>96</sup> Doch die ‚Kurzinformation‘ zu dem Gespräch fährt fort: „Er [scil. Jacob] ist davon überzeugt, daß das nicht möglich ist und sieht sich deshalb als der kommende Bischof von Berlin-Brandenburg.“<sup>97</sup> Die staatlichen Quellen erwähnen nicht nur

---

<sup>93</sup> Werner Radatz, *Auf der Insel. Das Zeugnis kirchlicher Praxis zwischen „roten Pfarrern“ und „Recht und Ordnung“: Die Region West*, in: ders./Friedrich Winter (Hgg.), *Geteilte Einheit. Die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg 1961 bis 1990*, Berlin 2000, 13-89, hier: 20.

<sup>94</sup> Z..B. *Information über die Situation in den evangelischen Landeskirchen der Deutschen Demokratischen Republik vom 28.11.1962*, in: Frédéric Hartweg (Hg.), *SED und Kirche. Eine Dokumentation ihrer Beziehungen*, Bd. 1: 1946-1967, bearb. v. Joachim Heise (Historisch-Theologische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, Quellen, Bd. 2/1), 395-412, hier: 411.

<sup>95</sup> Mau, *Regionalisierung* (s. Anm. 92), 193.

<sup>96</sup> Kurzinformation über eine Aussprache des 1. Stellvertreters des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Cottbus mit Generalsuperintendent Jacob am 13. September 1961 (14. 9. 1961) (BArch Berlin, DO 4, 2950, 1383 f.), 2. In der längeren Niederschrift über eine Aussprache mit Generalsuperintendent Dr. Jacob am 13. September 1961 (14.9.1961) (BLHA Rep. 801, 20113), wird nicht erwähnt, dass Jacob ausdrücklich forderte, Scharf solle die Rückkehr ermöglicht werden. Seine Kritik an den Maßnahmen wird ausführlich wiedergegeben. – Zur Solidarität mit Scharf siehe auch Niederschrift eines Gespräches des Staatssekretärs mit den Vertretern der Ev. Kirche Bln.-Brandenbg. Am Mittwoch, dem 30.1.63 in der Dienststelle des Staatssekretärs f. Kirchenfragen (1.2.1963) (BArch Berlin, DO 4, 433, 1299-1302), 1.

<sup>97</sup> Kurzinformation, 14.9.1961, 2. – Niederschrift: „Sollte der Zustand so bleiben, wird die Kirche zu ernststen Sofortmaßnahmen gezwungen sein

hier, dass Jacob damit gerechnet habe, Bischof zu werden.<sup>98</sup> Die Aussagen sind jedoch mit Vorsicht zu behandeln, weil die staatlichen Stellen bewusst zwischen ‚Bischof‘ und ‚Verweser/Verwalter des Bischofsamtes‘ nicht unterschieden<sup>99</sup> oder die Wahl eines Verwesers ablehnten, weil ein solcher in zu großer Abhängigkeit von dem in Westberlin residierenden Bischof stünde<sup>100</sup>. Möglicherweise strebte Jacob nur das Amt des Bischofsverwesers an, aber es kann nicht ausgeschlossen werden, dass er wenigstens zeitweise hoffte, Bischof der ganzen Landeskirche zu werden.

In den folgenden Monaten trat Jacob entschieden sowohl gegen eine Wahl Kurt Scharfs zum Bischof als auch für die Bestellung eines Bischofsverwesers ein. Am klarsten formulierte er seine Vorstellungen in einem als „*Streng vertraulich!*“ gekennzeichneten, nicht datierten Dokument *Zur Tagung der Regionalsynode vom 7. - 9. 12. 1962*<sup>101</sup>. Der Ver-

---

und Jacob ließ durchblicken, daß dann das Bischofsamt ihm übertragen wird“ (3).

<sup>98</sup> Niederschrift über die Aussprache des Staatssekretärs mit Generalsuperintendent *Jacob*, Cottbus, am 8. Dez. 1961 von 15 – 17 Uhr (23.1.1962) (BArch Berlin DO 4, 2950, 1374-1376), 2; Niederschrift über eine Aussprache mit Generalsuperintendent D. Jacob und einem Superintendenten am 30.03.1962 (2.4.1962) (BLHA, Rep. 801, 20114), 2.

<sup>99</sup> Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang, dass in einem Protokoll im Februar vom so genannten „Bischofsverweser“ (Kurzbericht über die Aussprache mit Generalsuperintendent Jakob [sic!] am 7.2.62 in unserer Dienststelle [14.2.1962]; BArch Berlin DO 4, 2950, 1381f. [= 1377f.], 2) die Rede ist, dagegen in einer Niederschrift Anfang April vom „Bischof“ (Niederschrift über eine Aussprache mit Generalsuperintendent D. Jacob und einem Superintendenten am 30.03.1962 [2.4.1962]; BLHA Rep. 801, 20114, 2). Das könnte dafür sprechen, dass Jacob nur das Amt des Bischofsverwesers anstrebte. Die beiden Protokolle zeigen übrigens, dass er im Februar und März 1962 seine Aussichten, das Amt zu erlangen, skeptisch beurteilte.

<sup>100</sup> Mau, *Regionalisierung* (s. Anm. 92), 197.

<sup>101</sup> Archiv der Generalsuperintendentur Cottbus, Sona-Box 91. (Die Akten befinden sich inzwischen im ELAB.) Das Exemplar im Archiv ist ein Durchschlag. Auf der ersten Seite ist notiert „5 Exemplare“, darunter „5. Exemplar“. Dabei ist „5.“ mit der Schreibmaschine eingefügt worden. Jacob hat also vermutlich nur vier Exemplare des Papiers an Vertrauenspersonen verschickt. Das Papier ist nicht datiert.

zucht auf die Wahl Scharfs und die Bestellung eines Bischofsverwesers stellten für Jacob eine Möglichkeit dar, der faktischen Existenz zweier getrennter Staatsgebiete, die eine weitgehende Unabhängigkeit der Kirchenleitung Ost notwendig mache, der Einheit der Landeskirche und dem politischen Widerstand gegen Scharf gerecht zu werden. Am 6. Februar 1963 bestellte die Kirchenleitung Jacob „zum Verwalter des Bischofsamtes im Bereich der Regionalsynode Ost“. „Dieser Auftrag“ gelte „während der jetzigen Legislaturperiode bis zur Rückkehr von Herrn Präses D. Scharf.“<sup>102</sup>

Während seines Antrittsbesuchs beim Staatssekretär für Kirchenfragen erklärte Jacob am 6. März 1963 laut Aktenvermerk, „daß er bestrebt sei, ein vertrauensvolles und gutes Verhältnis zwischen Kirche und Staat herzustellen“<sup>103</sup>. Doch einigen kirchlichen Amtsträgern gingen Jacobs Bemühungen um ein ‚vertrauensvolles und gutes Verhältnis‘ zum Staat gelegentlich zu weit. Besonders kritisch wurde die Situation nach einer Rede, die Jacob am 3. Mai 1965 auf einem Empfang, den der Rat des Bezirkes Cottbus „aus Anlaß des 20. Jahrestages der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus“<sup>104</sup> für kirchliche Amtsträger<sup>105</sup> veranstaltete. In

<sup>102</sup> Beschluß der Kirchenleitung vom 6. 2. 1963 (EZA, em-Ja-1).

<sup>103</sup> [Hans] Seigewasser, Vermerk über den Antrittsbesuch D. Jacobs am 6. März 1963, 11.00 bis 12.45 Uhr (7.3.1963) (BArch Berlin, DO 4, 2950, 1356 f.), 1. Der Vermerk bezeichnete Jacob übrigens als „Bischof“. Auffälligerweise verwendete auch Glen Garfield Williams, der Referent des ÖRK für Zwischenkirchliche Hilfe in Europa, in einem Schreiben an Seigewasser die Bezeichnung, und zwar noch vor dessen Bestellung zum Bischofsverweser (Williams an Seigewasser, 12.6.1962, BArch Berlin, DO 4, 2950, 1367 f., 1). In seinem Antrittsbesuch bei Seigewasser soll Jacob erklärt haben, „daß er sich voll verantwortlich als Bischof fühle, sich nicht als Verweser eines Verwesers betrachte, ‚kein Weihnachtsmann‘ sei und deshalb auch das Amt entsprechend ausüben werde“ (Vermerk, 7.3.1963, 1).

<sup>104</sup> Rat des Bezirkes Cottbus, Referat für Kirchenfragen, An die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Staatssekretär für Kirchenfragen, 10.5.1965 (BArch Berlin, DO 4, 433, 1118).

<sup>105</sup> Plan zur Durchführung des Empfanges für kirchliche Amtsträger am 3. 5.1965 in Cottbus (BArch Berlin, DO 4, 433, 1126f.).



der Rede drückte Jacob einerseits seine Sorge angesichts der „restaurative[n] Tendenzen im westdeutschen Staat“<sup>106</sup> aus. Auf der anderen Seite dankte er für die „Gemeinschaft“<sup>107</sup>, die bei diesem Empfang Vertreter der Arbeiterschaft Kirchenvertretern gewährten, obwohl „in der Kirche jahrzehntelang in einer unerträglichen Art gesprochen worden ist von Männern und Frauen der politischen Linken als von gott- und vaterlandslosen Gesellen“<sup>108</sup>. Den Einsatz für die Menschenwürde bezeichnete Jacob als „eine gemeinsame Aufgabe“ von Christen und Marxisten. „Es ist zu hoffen, daß der Mensch wieder in seinem Sein, auch in der Freiheit seiner Überzeugung, die er sich gewissensmäßig bildet, geachtet wird in seiner Würde.“<sup>109</sup> Als Auffassung, die er persönlich und nicht für die Kirche äußerte, kennzeichnete Jacob die Forderung, „daß an den Grenzfragen nicht gerüttelt werden“<sup>110</sup> dürfe.

Da diese Äußerungen nicht abgesprochen waren, führte Jacobs Auftritt zu einer Krise in der Kirchenleitung. Jacob stand kurz vor dem Rücktritt als Verwalter des Bischofsamtes, aber schließlich verständigte man sich darauf, dass er im Amt bleibe. Doch ihm wurden Auflagen gemacht. Vor allem sollte er derartige Alleingänge unterlassen.<sup>111</sup> Es hat jedoch den Anschein, dass Jacob die Kritik nicht nachvollziehen konnte. Im Rückblick auf seine Amtszeit sagte er in einem Gespräch mit Günter Wirth, im Grunde habe er sich in Berlin nur auf Manfred Stolpe, seinen persönlichen Referenten, verlassen können. Im Konsistorium „hätten ihm alle entgegengearbeitet“. Als Beispiel nannte er die Vorgänge „im Zu-

<sup>106</sup> Nachschrift der Rede Jacobs am 3.5.1965 (BArch Berlin, DO 4, 433, 1119-1125), 3.

<sup>107</sup> Ebd., 4.

<sup>108</sup> Ebd., 3.

<sup>109</sup> Ebd., 4. – Dieser Satz könnte für sich genommen auch als Kritik am SED-Staat interpretiert werden. Es ist nicht auszuschließen, dass Jacob diesen Sinn mitgedacht hat.

<sup>110</sup> Ebd., 4.

<sup>111</sup> Kirchenleitungsprotokolle (ELAB 35/1324), Sitzung vom 10.5.1965 (ohne Jacob) und Gespräch mit Jacob am 11.5.1965 in Cottbus.

sammenhang mit der Cottbusser Aussprache mit Staatssekretär Seigewasser anlässlich des 20. Jahrestages der Befreiung.<sup>112</sup>

Die Gespräche mit dem Rat des Bezirkes Cottbus und dem Staatssekretariat für Kirchenfragen waren keine Geheimverhandlungen. Jacob berichtete darüber in den Sitzungen der Kirchenleitung. Mehrfach wurde er gebeten, bestimmte Fragen anzuschneiden. Das muss aber nicht bedeuten, dass er die Kirchenleitung immer vollständig informierte. Aufgrund der Quellenlage ist es jedoch schwierig, genau zu bestimmen, wie exakt er der Kirchenleitung über seine Gespräche berichtete.<sup>113</sup>

Trotz des Interesses an Verständigung nutzte Jacob die Gespräche mit Staatsvertretern auch, um Kritik zu üben und Forderungen vorzutragen. Ein Beispiel dafür, wie Jacob Forderungen der Staatsvertreter gleichzeitig nachgeben und unterlaufen konnte, ist sein Aufsatz *Zehn Artikel und Sieben Sätze*.<sup>114</sup>

Im März 1963 verabschiedete die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen *Zehn Artikel über Freiheit und*

---

<sup>112</sup> Günter Wirth, Aktenvermerk (5.3.1966) (BArch Berlin, DO 4, 433, 1055-1060), 3. Obwohl Jacob den zweiten Teil des Gesprächs, der unmittelbar anschließt, „als ein solches von Bruder zu Bruder, also als absolut vertraulich, bezeichnete“ (ebd.), machte Wirth sein Gesprächsprotokoll dem Staatssekretariat für Kirchenfragen zugänglich.

<sup>113</sup> Nicht gewusst haben dürfte die Kirchenleitung z.B. von dem als streng vertraulich eingestuften Gespräch zwischen Seigewasser und Jacob am 20. Januar 1966. Seigewasser notierte in seinem Bericht, dass das „heutige Gespräch nicht zur Kenntnis der Kirchenleitung kommen“ dürfe. Denn Jacob sei „an den Beschluß der Kirchenleitung gebunden ..., die Antwort der Regierung“ auf die Bitte, Kurt Scharf in die DDR zurückkehren zu lassen, „nur in Gegenwart seiner Stellvertreter entgegenzunehmen“ (Hans Seigewasser, Bericht über ein Gespräch mit Bischof D. Jacob am 20. Januar 1966, 14.00 Uhr; BArch Berlin, DO 4, 433, 1105-1107, 3). Besier (s. Anm. 62), 601-603.

<sup>114</sup> Günter Jacob, *Zehn Artikel und Sieben Sätze. Versuche einer Wegweisung*, in: Die Zeichen der Zeit 18 (1964), 219-225.

*Dienst der Kirche*<sup>115</sup>, ein Grundsatzpapier zum Weg der Kirche in der DDR. Da der Text in der DDR nicht veröffentlicht werden durfte, erschien er nur in der BRD, wo er intensiv kommentiert und diskutiert wurde. Einige westdeutsche Zeitungen nahmen die *Zehn Artikel* zum Anlass, um gegen die DDR politisch zu polemisieren.<sup>116</sup> Solche Kommentare sorgten bei den Staatsorganen der DDR für große Verärgerung. Während die *Konferenz Evangelischer Kirchenleitungen* diese Kommentare als „politischen Mißbrauch“<sup>117</sup> der Thesen qualifizierte, sah die SED in den Thesen einen generellen Angriff auf den Sozialismus<sup>118</sup>.

Auch Karl Barth veröffentlichte ein Gutachten zu den Artikeln, in dem er grundsätzliche Zustimmung mit Kritik im Einzelnen verband.<sup>119</sup> Unter Berücksichtigung dieses Gutachtens verfasste der staatsloyale *Weißenseer Arbeitskreis* sieben Sätze *Von der Freiheit der Kirche zum Dienen*<sup>120</sup>.

Als Jacob am 13. Mai 1963 in einem Gespräch mit einem Funktionär der Ost-CDU auf die *Zehn Artikel* angesprochen wurde, verteidigte er sie als „Orientierungsbojen“ für das „Kirchenschiff“. „Man dürfe sie keinesfalls werten als eine Herausforderung an den Staat oder seine Gesellschaftsordnung.“<sup>121</sup> Nachdem im Westen DDR-kritische Kommentare

<sup>115</sup> Zehn Artikel über Freiheit und Dienst der Kirche. Vom 8. März 1963, in: KJ 90 (1963), 181-185.

<sup>116</sup> Erwin Wilkens, Die Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik, in: KJ 90 (1963), 127-244, hier: 186; Jacob, Zehn Artikel und Sieben Sätze, 220.

<sup>117</sup> Erklärung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR am 13.6.1963, in: KJ 90 (1963), 187 f., hier: 188.

<sup>118</sup> Besier (s. Anm. 62), 544 f.

<sup>119</sup> Karl Barth, Theologisches Gutachten zu den Zehn Artikeln über Freiheit und Dienst in der Kirche, in: Evangelische Theologie 23 (1963), 505-510.

<sup>120</sup> Von der Freiheit der Kirche zum Dienen. Theologische Sätze des Weißenseer Arbeitskreises, in: KJ 90 (1963), 194-198.

<sup>121</sup> Abschrift Aktenvermerk über das Gespräch mit D. Jacob, Verwalter des Bischofsamtes, am 13. Mai 1963 (13.5.1963) (BArch Berlin, DO 4, 2950, 1342-1345), 3. S. auch Niederschrift über eine Aussprache mit Bi-

zu den Artikeln erschienen waren, soll Jacob in einem Gespräch mit Hans Seigewasser, dem Staatssekretär für Kirchenfragen, zugegeben haben, „dass sie in ihrer ganzen Anlage geeignet sind, neuen Stoff für die Propaganda des Westens gegen die DDR zu liefern“<sup>122</sup>. Er sei „sichtlich empört“ gewesen, „dass die westliche Propaganda sich dieser 10 Artikel“ bediene und habe sich „demonstrativ bereit“ erklärt, „bei einem derartigen Missbrauch theologischer Überlegungen einen Gegenartikel zu schreiben“<sup>123</sup>. Doch erst nachdem bereits die *Sieben Sätze* erschienen waren, veröffentlichte Jacob eine persönliche Stellungnahme zu beiden Erklärungen, welche die „gemeinsame Basis in beiden Dokumenten“<sup>124</sup> betonte und die wesentlichen Inhalte der *Zehn Artikel* verteidigte. Seine Kritik an den „Artikeln“ beschränkte sich auf die Feststellung, die Abgrenzung gegenüber den Versuchungen zur Linken, also gegenüber einem Opportunismus in der sozialistischen Gesellschaft, könnte „gelegentlich zu doktrinär, polemisch und nicht frei von gewissen Untertönen und Ressentiments vollzogen“<sup>125</sup> worden sein. Diese Kritik wurde jedoch dadurch ausgeglichen, dass er den „Sieben Sätzen“ vorwarf, in ihnen seien „die Versuchungen zur Linken vielleicht nicht klar genug gesehen und vielleicht nicht deutlich genug bei Namen [sic!] genannt“<sup>126</sup> worden. Es könnte sein, dass „die Abgrenzungen in den Sieben Sätzen im Blick auf die wirkliche Situation und ihren Anfechtungscharakter gelegentlich als zu harmlos und unscharf beurteilt werden müssen“<sup>127</sup>. Trotz aller Konjunktive und ‚vielleicht‘ enthalten Ja-

---

schof D. Jacob, Cottbus am 17. 5. 1963 in der Zeit von 15.00 bis 16.00 Uhr (30.5.1963) (BArch Berlin, DO 4, 2950, 1338f.), 1f.

<sup>122</sup> Hans Seigewasser, Bericht über Gespräche mit den Generalsuperintendenten Führ und Jacob anlässlich eines Zusammentreffens im Stoecker-Stift Berlin-Weißensee [am 28. 5. 1963] (29. 5. 1963) (BArch Berlin, DO 4, 2950, 1333-1335), 2.

<sup>123</sup> Ebd., 3.

<sup>124</sup> Jacob, *Zehn Artikel und Sieben Sätze* (s. Anm. 114), 225.

<sup>125</sup> Ebd..

<sup>126</sup> Ebd., 224.

<sup>127</sup> Ebd., 225.

cobs Ausführungen eine deutliche Warnung vor einer Anpassung an das herrschende System.

Als Bischof Otto Dibelius am 4. Januar 1966 aus gesundheitlichen Gründen seinen Rücktritt erklärte,<sup>128</sup> konnte die Entscheidung über das Bischofsamt nicht weiter hinausgeschoben werden. Auf einer ökumenischen Tagung, die im November 1965 in Lund stattfand, hatten Jacob und Scharf schon vorher eine geheime Vereinbarung getroffen. Nach dieser sollte Scharf zum Bischof und Jacob gleichzeitig auf Lebenszeit zum Verwalter des Bischofsamtes gewählt werden.<sup>129</sup> Jacob entzog sich daher den Versuchen des Staates, ihn zu einer Kandidatur gegen Scharf zu bewegen. Die Wahl Scharfs gelang, aber für Jacob endete das Ganze verheerend. Weil die Kirchenleitung-Ost ihn nicht auf Lebenszeit als Verwalter des Bischofsamtes bestellen wollte, legte Jacob am 15. Februar 1966 sein Amt nieder.<sup>130</sup> Der Staat, der Anfang Februar 1966<sup>131</sup> von der Vereinbarung zwischen Scharf und Jacob erfahren hatte, war von Jacob enttäuscht. Dennoch blieb er bis zum Ende seiner Amtszeit im Dezember 1972 ein wichtiger Gesprächspartner der staatlichen Organe.

### *III. Gründe für den Wandel*

Der Wandel, der bei Jacob zu beobachten ist, war keine Wende um 180°, und er vollzog sich weder plötzlich noch stetig. Aber offensichtlich war Jacobs Kooperationsbereitschaft in den 1960er-Jahren größer als Ende der 1940er- und

---

<sup>128</sup> Radatz (s. Anm. 93), 37.

<sup>129</sup> Besier (s. Anm. 62), 606; Mau, *Protestantismus* (s. Anm. 62), 80.

<sup>130</sup> Zur Beurteilung von Jacobs Verhalten im Zusammenhang mit der Wahl Kurt Scharfs s. Besier, 607 f., und dagegen Mau, *Regionalisierung* (s. Anm. 92), 209.

<sup>131</sup> *Information der Arbeitsgruppe Kirchenfragen des ZK der SED an die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros und des Sekretariats des ZK der SED vom 18.2.1966, Information des Staatssekretärs für Kirchenfragen und der Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim ZK über die Bischofswahl in der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg*, in: Hartweg (s. Anm. 94), 457-462, hier: 460.

Anfang der 1950er-Jahre. Auch in den 1960er-Jahren machte sich Jacob nicht zum Erfüllungsgehilfen staatlicher Kirchenpolitik. Wo es ihm notwendig erschien, taktierte er gegen den Willen der Staatsorgane. In Gesprächen mit Vertretern des Staates äußerte er wiederholt Kritik, verteidigte kirchliche Positionen und trat für die Interessen der evangelischen Kirche ein. Dennoch ist festzustellen, dass er in den 60er-Jahren einen kirchenpolitischen Kurs verfolgte, der auf die Interessen des Staates Rücksicht nahm. Zwar erfüllte er nicht alle Erwartungen, die Vertreter des Staates an ihn herantrugen, aber oft entsprach er ihnen, um Belastungen des Verhältnisses zum Staat zu vermeiden. Die Gründe, die den Wandel Jacobs ermöglichten und vorantrieben, sind vielfältig:

#### *Einschätzung der politischen Situation*

*Einsicht in die Stärke des Staates:* Das Ende des „Zweiten Kirchenkampfes“ bedeutete nicht, dass die DDR ihr Ziel, den Einfluss der Kirchen zurückzudrängen und sie schließlich zu beseitigen, aufgab. Aber ihre Kirchenpolitik wurde flexibler. Detlef Pollack spricht von einer „Doppelstrategie“: „Auf der einen Seite stand das Ziel, die Kirchen zu unterwandern, in ihnen Einfluß zu gewinnen, Kirchenleitung und Kirchenvolk auseinander zu dividieren, den Atheismus zu propagieren und auf die Einhaltung der restriktiven Gesetzlichkeit (Veranstaltungsordnung) zu achten. Auf der anderen Seite wollte man auf die religiöse Einstellung der Christen Rücksicht nehmen, sich als Wohltäter der Kirche darstellen und bestritt jedes kirchenfeindliche Vorgehen als Verleumdung.“<sup>132</sup> Das Verhalten gegenüber der Kirche wechselte zwischen Integration und Exklusion, zwischen Kommunikation und Kommunikationsverweigerung. Stets waren aber Kommunikation und Integration so angelegt, dass die Kirche für die Ziele der DDR-Politik funktionalisiert werden sollte. Die Doppelstra-

---

<sup>132</sup> Pollack (s. Anm. 77), 128.

tegie lässt sich auch im Verhalten gegenüber Jacob beobachten.

Als besonders wirksames Instrument erwies sich die Jugendweihe. Die Kirchenleitungen verfolgten in der Frage der Jugendweihe zunächst einen Konfrontationskurs. Anfangs wurde er auch von den Gemeinden getragen. Aber auf Dauer waren die Gemeinden nicht bereit, den Kirchenleitungen bei dem Konfrontationskurs zu folgen. „Die Kirche hat den Machtkampf mit dem Staat, auf den sie sich in der Jugendweihefrage aus Glaubensgründen eingelassen hatte, verloren.“<sup>133</sup> Die Stärke der evangelischen Kirche in den Anfangsjahren der DDR beruhte auf ihrem großen Rückhalt in der Bevölkerung. Als der verloren ging, waren die Kirchenleitungen nicht mehr in der Lage, den Konfrontationskurs konsequent fortzusetzen. Ausdruck des Kurswechsels war z.B. die Handreichung der EKU *Das Evangelium und das christliche Leben in der Deutschen Demokratischen Republik* (Februar 1959)<sup>134</sup>.

---

<sup>133</sup> Ebd., 155. – In der Frage der Jugendweihe vertrat Jacob eher einen harten Kurs. Aber auch er gab im Mai 1963 in einem Gespräch mit einem Funktionär der CDU-Ost zu, „daß wir in der Frage der Jugendweihe die großen Verlierer geworden sind“. Doch er fügte hinzu, dieses Wissen könne „nicht dazu führen, daß wir die festgelegte Position verlassen. Irgendwelche Kompromisse würden weder der Kirche noch dem Staat dienlich sein, und es kommt darauf an, gewisse Überspitzungen zu vermeiden“ (Abschrift Aktenvermerk über das Gespräch mit D. Jacob, Verwalter des Bischofsamtes, am 13. Mai 1963 [13.5.1963]; BArch Berlin, DO 4 2950, 1342-1345, 4).

<sup>134</sup> *Das Evangelium und das christliche Leben in der Deutschen Demokratischen Republik. Handreichung, entgegengenommen durch die Synode der EKU im Februar 1959.* Als Manuskript gedruckt, Witten/Ruhr [o. J.]. – S. auch: *Der Christ in der Deutschen Demokratischen Republik. Handreichung der VELKD vom 3. November 1960*, in: KJ 87 (1960), 238-255. – Das Kommuniqué vom 21.7.1958 (Verlautbarung über Beratungen zwischen Vertretern von Staat und Kirche, in: *Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR. Dokumente zu seiner Entstehung*, ausgew. u. komm. v. Reinhard Henkys, Witten/Frankfurt/Berlin, 1970, 50 f.) ist nicht als Ausdruck des Kurswechsels zu interpretieren, weil es zu wenig Rückhalt in den Kirchen hatte (Mau, *Protestantismus*, s. Anm. 62, 64-67; Besier, s. Anm. 62, 278-291).

Besonders Ende der 1950er-Jahre ließen die staatlichen Vertreter Jacob, der in Gesprächen oft selbstbewusst aufgetreten war, spüren, wer die Macht hatte. Spätestens seit dem Mauerbau und der Aussperrung Kurt Scharfs verfolgte Jacob eine Kirchenpolitik, die den realen Machtverhältnissen gerecht zu werden versuchte.

*Keine Hoffnung auf Wiedervereinigung:* Die Frage der Wiedervereinigung war eng verbunden mit der Frage, ob die evangelischen Kirchen in Deutschland als EKD eine Einheit bilden oder ob sich die evangelischen Kirchen in der DDR verselbständigen sollten. Diese Frage stellte sich auch im Blick auf die konfessionellen Bünde (VELKD, EKU) und verschärfte im Blick auf die evangelische Kirche von Berlin-Brandenburg. Die SED wollte eine größtmögliche Unabhängigkeit der Kirche in der DDR, also im Grunde eine organisatorische Selbstständigkeit, wie sie schließlich mit der Gründung des *Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR* 1969 erreicht wurde.

Jacob war die Einheit der evangelischen Kirchen in Deutschland lange ein Anliegen. Im Vorfeld der außerordentlichen EKD-Synode von 1956 entwickelte er einen Plan „Was kann die EKID heute zur Wiedervereinigung Deutschlands tun?“<sup>135</sup> In seinem Vortrag auf der Synode sagte er, dass die Begegnungen von Christen aus Ost- und Westdeutschland „ein Betrag zur Wiedervereinigung unseres Volkes“ seien. „Die Kirche steht für diese Wiedervereinigung unseres Volkes um der auseinandergerissenen Familienglieder und um der angefochtenen und leidenden Menschen willen mit der leidenschaftlichen Bitte an alle, in deren

---

<sup>135</sup> Günter Jacob, Vorschlag zum Thema „Was kann die EKID heute zur Wiedervereinigung Deutschlands tun?“, EZA, ZA 5042/11, Signatur: 2/1351. S. Claudia Lepp, *Tabu der Einheit? Die Ost-West-Gemeinschaft der evangelischen Christen und die deutsche Teilung (1945-1969)*, Göttingen 2005 (Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte. Reihe B: Darstellungen 42), 223.



Händen Macht und Verantwortung liegen, ein, und sie wird auch in Zukunft dafür einstehen.“<sup>136</sup>

Aber er äußerte auch schon früh Zweifel an der Möglichkeit der Wiedervereinigung. In einem Gespräch mit Vertretern des Friedensrates meinte er im Oktober 1955: „Seit den neuesten von Herrn Walter Ulbricht gemachten Äusserungen wäre an eine Wiedervereinigung auf lange Zeit hinaus wohl nicht zu denken. Es sei darin keine Rede mehr von gesamtdeutschen, freien Wahlen, und die DDR sei eindeutig als das einzig mögliche Modell für eine Wiedervereinigung bezeichnet worden.“<sup>137</sup> Er wies darauf hin, dass die Haltung der DDR-Regierung gegenüber der Kirche ein Hindernis für die Wiedervereinigung sei. „Ein Wunsch nach Wiedervereinigung in Westdeutschland bei einer Contrastellung des Staates zur Kirche muss doch unerfüllbar werden, wenn dafür das Modell des Kirchenkampfes in der DDR allen Westdeutschen vorpraktiziert wird.“<sup>138</sup>

Auch in dem Konzept des Jahres 1956 äußerte er als persönliche Überzeugung, „daß bei der weltpolitischen Lage keine Chancen für eine Wiedervereinigung z.Zt. bestehen“. Dennoch sei „die Kirche um der ungeheuerlichen seelischen Not von 17 Millionen Menschen willen nicht von der Pflicht

---

<sup>136</sup> Jacob, *Raum* (s. Anm. 78), 58.

<sup>137</sup> [Bericht über Gespräch zweier Funktionäre des Friedensrates mit Jacob und zwei weiteren Kirchenvertretern am 10.10.55] (15.10.55) (BLHA, Rep. 801, 20113), 4. – Auf welche Äußerungen Ulbrichts sich Jacob bezieht, konnte ich bisher nicht klären. Hintergrund dürfte aber sein, dass Nikita Chruschtschow, der Erste Sekretär der KPdSU, im Juli 1955 erstmals die „Zwei-Staaten-Theorie“ (Mählert, s. Anm. 60, 80; Weber, s. Anm. 60, 236) verkündete und im September 1955 der „Vertrag über die Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR“ geschlossen wurde, „der die völlige Souveränität der DDR garantieren sollte“ (Weber, 237). „Zehn Jahre nach Kriegsende war die Spaltung Deutschlands zementiert. Bei immer größeren Bevölkerungsgruppen in der DDR machte sich ein resigniertes Anpassen an die bestehenden Verhältnisse bemerkbar“ (ebd.).

<sup>138</sup> Bericht über Gespräch mit Jacob am 10.10.55, 6.

entbunden, zu rufen, solange es noch Zeit ist, und zwar in der Gestalt konkreter Vorschläge.“<sup>139</sup>

Das „Geheimpapier“, in dem Jacob 1962 seine Vorstellungen zur Kirchenleitung im DDR-Teil der Kirche von Berlin-Brandenburg darlegte, ging definitiv von der Voraussetzung aus, dass es keine Wiedervereinigung geben werde. Weil er nicht mehr mit einer Wiedervereinigung rechnete, trat er nun für eine größtmögliche Selbstständigkeit der evangelischen Kirchen in der DDR ein. Da er damit den kirchenpolitischen Vorstellungen der DDR-Repräsentanten entsprach, wurde er für sie zu einem geeigneten Gesprächspartner.<sup>140</sup>

*Die Beurteilung der Politik der beiden deutschen Staaten:* Von Anfang an stand Jacob der Bundesrepublik kritisch gegenüber, weil sie im Verhältnis von Kirche und Staat einen „Restaurationskurs“ verfolge. In der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre entwickelte er eine zunehmend kritische Haltung gegenüber der von Konrad Adenauer geprägten Politik der Bundesrepublik. Dagegen äußerte er sich positiv über die Außen- und Friedenspolitik der DDR. Am Ende eines Gesprächs mit einem Funktionär des *Bezirksfriedensrats Cottbus* soll Jacob im September 1956 gesagt haben: „Sie werden ja selbst festgestellt haben, daß ich im Laufe der letzten 2 Jahre eine gänzlich andere Meinung gewonnen habe, die ich jetzt auch vertiefe.“ Der Funktionär schloss seinen Bericht mit der Einschätzung: „Zusammenfassend kann gesagt werden, daß seine Haltung zu wichtigen politischen Fragen völlig klar ist.“

<sup>139</sup> Jacob, Vorschlag (s. Anm. 135), 2. – S. zur Bedeutung, welche die Wiedervereinigungsfrage für Jacob hatte, auch Reinhard Steinlein, *Die gottlosen Jahre*, Berlin 1993, 60.

<sup>140</sup> S. dazu die Würdigung von Jacobs Position in: *Kirchenpolitische Information der Arbeitsgruppe Kirchenfragen des ZK der SED an die Mitglieder des Politbüros und des Sekretariats des ZK der SED vom 6.3.1962, betr.: Provinzialsynode der evangelischen Landeskirche Berlin-Brandenburg vom 12. bis 15. (16.) 3. 1962* (persönliche Verschlusssache), in: Hartweg (s. Anm. 94), 390-393, hier: 391.

Er ist ein erklärter Gegner der durch Herrn Adenauer vertretenen kriegerischen Gewaltpolitik in Westdeutschland und sieht auch im internationalen Maßstab sehr deutlich, wie sehr die 3 Prinzipien der Weltfriedensbewegung sich allmählich durchgesetzt haben und in der internationalen Politik eine Rolle zu spielen beginnen.“<sup>141</sup> Andererseits hatte Jacob Vorbehalte gegenüber der Bildungs- und Kollektivierungspolitik der DDR, die er nicht verschwieg.

### *Theologische Gründe*

Hervorzuheben sind hier vor allem zwei Punkte, die im Aufsatz bereits angesprochen wurden: a) Jacob verstand die gegenwärtige Situation der Kirche als eine *nachkonstantinische Situation*; diese nachkonstantinische Situation begriff er als eine Chance für die Kirche. – b) Auch ein Staat, der wie die DDR kirchenfeindlich war und die Bewegungsfreiheit der Kirche beschränkte, galt ihm als ein Staat im *Sinne von Römer 13*; er konnte und musste daher von der Kirche und den Christen als Ort christlicher Existenz akzeptiert werden.

### *Beeinflussung durch staatliche Organe*

Die „Bearbeitung“ durch die Organe des Weltanschauungsstaates zeigte offensichtlich bei Jacob Wirkungen. Das legen die Protokolle, die von Gesprächen zwischen Jacob und Vertretern des Staates angefertigt worden sind, und die Akten in der Stasi-Unterlagen-Behörde, nahe.

Wie gezielt auf Jacob Einfluss genommen wurde, verrät ein Satz in einem Brief Werner Eggeraths, des Staatssekretärs für Kirchenfragen, an Werner Mannebach: „Ich würde mich sehr freuen, wenn es Ihnen gelingen würde, den Generalsuperintendenten Jacob zu einer Haltung zu bringen, die sich von der Haltung der anderen leitenden Kirchenfunktio-

---

<sup>141</sup> Aktennotiz über die Besprechung mit Herrn Generalsuperintendent D. Jacob, Cottbus, am 25.9.1956 (5.11.56) (BLHA, Rep. 801, 20113).

näre grundsätzlich unterscheidet.“<sup>142</sup> Auch der Druck, der Ende der 1950er-Jahre auf Jacob ausgeübt wurde, scheint gewirkt zu haben.

#### IV. Resümee

Für Jacob war unerlässlich, dass Entscheidungen über den Weg der Kirche theologisch von der Heiligen Schrift her begründet werden. Das war ein Erbe seiner theologischen Ausbildung, die unter dem Eindruck der „theologischen Erneuerung seit Ausgang des ersten Weltkrieges“<sup>143</sup> stand, und des Kirchenkampfes.<sup>144</sup> Aber Jacob lag auch daran, dass Entscheidungen über den Weg der Kirche der Situation angemessen sein müssen. In den 1930er-Jahren stand Jacob in der Frage des Wirklichkeitsbezugs der Theologie näher bei Rudolf Bultmann als bei Karl Barth.<sup>145</sup> Wenn aber in einer Entscheidung theologische Reflexion und Deutung der Situation ineinanderfließen, ist oft schwer zu durchschauen, welchem Faktor tatsächlich der Primat zukommt. Für die Menschen in der Entscheidungssituation ist es erheblich schwieriger, hier

---

<sup>142</sup> Eggerath an Manneberg, den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Cottbus, 26.11.1957, BLHA, Rep. 801, 20220. – Nach der ersten Begegnung mit Jacob gab Eggerath jedoch eine kritische Einschätzung ab: „Meine Meinung geht dahin, daß man auf J. keine zu grossen Hoffnungen setzen kann. Es wird auch nicht möglich sein, ihn zu neutralisieren. Notwendig ist, ihn zu pflegen und ihm immer wieder offensiv entgegenzutreten“ Werner Eggerath, An den Vorsitzenden des Rates des Bez. Cottbus zur Kenntn. übersandt [Nachschrift des Gesprächs des Friedensrates am 14.2.1958 mit Jacob, an dem Eggerath zufällig teilnahm], 15.2.1958 (BLHA, Rep. 801, 20113), 3.

<sup>143</sup> Günter Jacob, *Der Weg der Kirche von 1900 bis 1957* (1957), in: ders., *Gericht und Gnade. Zum Weg der christlichen Gemeinden in unserem Jahrhundert*, Berlin 1986, 9-19, hier: 14.

<sup>144</sup> Ebd., 12-14.

<sup>145</sup> Günter Jacob, *Die Krise der Predigt als Problem der theologischen Anthropologie*, in: Theologische Rundschau. Neue Folge 8 (1936), 315-343, hier: 322-330; ders., *Gericht oder Skepsis. Zu Friedrich Gogartens gleichnamiger Streitschrift gegen Karl Barth*, in: Theologische Rundschau. Neue Folge 10 (1938), 1-23, hier: 18-22.

Klarheit zu gewinnen, als für die Nachgeborenen, die das Geschehen ohne Entscheidungsdruck aus der Distanz betrachteten.

Auffällig ist die große Konstanz, die Jacobs Verständnis der Kirche und ihrer Situation in der Welt aufwies. Nachdem die Formel vom „Ende des konstantinischen Zeitalters“ einmal in sein Denken Eingang gefunden hatte, behielt sie für ihn zeitlebens eine Leitfunktion.<sup>146</sup> Die Elemente, die Jacob mit Hilfe der Formel 1944 bzw. 1946 systematisch bündelte, lassen sich schon in den Texten der 1930-Jahre nachweisen. Mit der Formel verband Jacob das Leitbild einer Kirche, die in der Nachfolge des Gekreuzigten damit rechnen muss, von der Welt abgelehnt und verfolgt zu werden. Die Kirche müsse sich auf eine Minderheitensituation einstellen und zum Leiden bereit sein.

In der Anwendung dieser Vorstellungen zeigte Jacob jedoch eine große Flexibilität. Im nationalsozialistischen Deutschland motivierten sie eine kompromisslose Haltung in der Auseinandersetzung mit den *Deutschen Christen* und der deutsch-christlichen Kirchenleitung. Auch in den ersten Jahren nach dem Krieg legte Jacob das Konzept radikal aus. Der Gegensatz zum herrschenden Regime trat sogar deutlicher hervor, weil Jacob nun davon überzeugt war, dass sich die Kirche auch politisch äußern dürfe und müsse. Nach dem Ende des „Zweiten Kirchenkampfes“ begab er sich, ohne dass er seine ekklesiologischen Leitvorstellungen korrigierte, auf einen Weg pragmatischer Verständigung. Die Überzeugung, dass das konstantinische Zeitalter im Osten zu Ende gegangen sei, bewahrte ihn vor illusorischen Vorstellungen über das Erreichbare. Doch er vermied die totale Konfrontation und versuchte die Konsequenzen, die sie gehabt hätte, von der Kirche, den Gemeindegliedern und sich selbst abzuwenden.

---

<sup>146</sup> Günter Jacob, *Ende des konstantinischen Zeitalters?*, in: ders., *Gericht* (s. Anm. 143), 122-127.

Man kann darüber streiten, wie Jacobs Entscheidungen und Handlungen im Einzelnen zu bewerten sind. Wenn Jacob nach dem Mauerbau eine größtmögliche Selbstständigkeit des östlichen Teils der Kirche von Berlin-Brandenburg anstrebte, kann das als ein Weg beurteilt werden, der angesichts des Drucks, der von dem SED-Regime ausging, vertretbar und wahrscheinlich unvermeidbar war. Doch obwohl Jacob dem Staat gegenüber kirchliche Ansichten und Interessen zur Geltung brachte und sich nicht zu einem Erfüllungsgehilfen staatlicher Kirchenpolitik machen ließ, gab er in einigen Fällen den Wünschen staatlicher Vertreter zu sehr nach, so z.B. mit der Rede, die er 1965 anlässlich des 20. Jahrestags der Befreiung hielt.

Jacob scheint selbst gewusst zu haben, dass in seinen Entscheidungen nicht immer die theologische Reflexion und die Orientierung an Christus, dem Gekreuzigten, den Ausschlag gaben. Bald nach dem Eintritt in den Ruhestand sagte er in einer Predigt: „Wir sind befreit von der Versklavung durch die Zwangsvorstellung, wir seien nur dazu da, unser Leben um jeden Preis zu erhalten und schöner zu machen. So können wir es als Christen auch mit der uns durch Christus gegebenen Freiheit wagen. Natürlich wissen wir, daß wir so oft dabei scheitern und schuldig werden, wenn wir vor tausend Rücksichten und Kompromissen diese Freiheit in Christus aufs Spiel setzen. Diese Versuchung, die gewiß riskante Freiheit in Christus durch taktisches Lavieren preiszugeben, ist jeden Tag groß.“<sup>147</sup> Wenn das „wir“ in dieser Aussage nicht nur rhetorisch war und Jacob sich einschloss, legt sich nahe, sie auch als Ausdruck der Erfahrungen zu verstehen, die Jacob als kirchlicher Amtsträger in zwei Weltanschauungsdiktaturen machen musste.

---

<sup>147</sup> Günter Jacob, *Die Perspektive der großen Hoffnung, 1. Petr. 1,13-23, Okuli*, in: ders., *Die Macht des ohnmächtigen Gottes. Predigten*, Berlin 1973, 31-35, hier: 35.